Liebe Leserinnen und Leser,

wieder neigt sich ein erneut schwieriges Jahr für uns alle dem Ende zu. Vor einem Jahr konnte sich wahrscheinlich keiner von uns vorstellen, dass im Jahr 2022 Krieg auf dem europäischen Kontinent herrschen würde. Der Ukrainekrieg und das unendliche Leid der Menschen vor Ort haben uns den hohen Wert eines friedvollen Miteinanders vor Augen geführt. Auch bei uns sind die Folgen spürbar: Explodierende Energie- und Lebensmittelpreise beherrschen unseren Alltag. Was unser Land jetzt braucht ist beherztes und mutiges Handeln, kein Zaudern und Hinauszögern.

Für die CDU/CSU-Fraktion endet das erste Jahr als Oppositionsführer im Bundestag. In vielen Punkten ist es uns gelungen, die Bundesregierung zu treiben. Zum Beispiel beim Bürgergeld, oder beim Stopp der geplanten Gasumlage. Wir werden weiterhin, wo immer nötig, den Finger in die Wunde legen und konstruktive Gegenvorschläge unterbreiten.

Gesegnete Weihnachtstage,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB

Zu spät, zu kompliziert
Strom- und Gaspreisbremse endlich beschlossen > S. 2

Neues Format
#AnjaFRAGT
Norbert Röttgen > S. 4

Frohe Weihnachten
Weihnachtsvideo von Anja Weisgerber > S. 9

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Zu spät, zu kompliziert und lückenhaft

Strom- und Gaspreisbremse beschlossen – aber handwerklich schlecht gemacht

Seit Monaten befinden sich die Energiepreise in einem massiven Anstieg. Die Ursache dafür ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Gleichzeitig verstärken der Krieg und seine Folgen andere Entwicklungen wie die Angebotsschwäche im europäischen Strommarkt.

Die Bundesregierung hat in dieser Zeit zu spät, zu zögerlich und oft auch falsch reagiert. So wollte die Ampel durch die Gasumlage den Preis weiter verteuern, anstatt bereits im Sommer wirkungsvolle Entlastungen auf den Weg zu bringen. Zudem verfolgt die Ampel im Rahmen der Strompreisbremse einen überaus komplizierten, aus unserer Sicht falschen Weg der Abschöpfung sogenannter Übergewinne.

Das haben wir als Opposition deutlich kritisiert. Das hat dazu geführt, dass die Entwürfe der Ampel bereits vor und während des Gesetzgebungsverfahrens mehrfach substanziell verändert werden mussten. Damit steht der „Alles-ist-gut- Rhetorik" des Bundeskanzlers eine große Verunsicherung bei Bürgerinnen und Bürgern, bei der Wirtschaft, aber auch bei den Ländern und Kommunen gegenüber.

Erheblich zu dieser Verunsicherung beigetragen haben das Zögern und Zaudern und die chaotischen Verfahren der Ampel. Entscheidungen dieser Tragweite bedürfen rechtzeitiger und sorgfältiger Vorbereitungen. Dafür hätte es in diesem Sommer und Herbst ausreichend Zeit gegeben. Stattdessen wurden über 400 Seiten Änderungsanträge nur wenige Stunden vor Beginn der finalen Ausschussbefassung verschickt. Das passt in das Bild des gesamten Verfahrens, bei dem die Länder und Verbände erst gar nicht und dann mit einer Frist von nicht

einmal einem Tag beteiligt wurden. So klaffen nach diesem Prozesschaos auch weiterhin wesentliche Lücken in beiden Gesetzen. Auch in der finalen Ausschusssitzung konnte die Ampel in wichtigen Umsetzungsfragen nur auf weitere Ankündigungen zurückgreifen, etwa hinsichtlich der Ausgestaltung von Härtefallfonds für Öl und Pellets. Das ist zu wenig. So droht die einzige Bremse, die verlässlich funktioniert, mehr und mehr die Ampel selbst zu sein.
Obwohl wir die Notwendigkeit zur Entlastung von Bürgern und Betrieben frühzeitig adressiert haben und auch weiterhin mit Nachdruck unterstreichen, haben wir sowohl der Gas- als auch der Strompreisbremse nicht zustimmen können. Unsere zentralen Punkte haben wir in den Anhörungen, in den Ausschusssitzungen und schließlich in zwei Entschließungsanträgen zur Abstimmung gestellt. Diese wurden von den Ampel-Fraktionen abgelehnt.

Gleichzeitig ist es uns im parlamentarischen Verfahren an mehreren entscheidenden Stellen gelungen, die Gesetzgebung entlang unserer Forderungen deutlich zu beeinflussen, zum Beispiel mit Blick auf die Angleichung der administrativen Voraussetzungen und damit einen Gleichlauf für die Umsetzung der beiden Bremsen. Wir machen konstruktivkritische Oppositionsarbeit und werden unsere Arbeit in diesem Sinne fortsetzen.

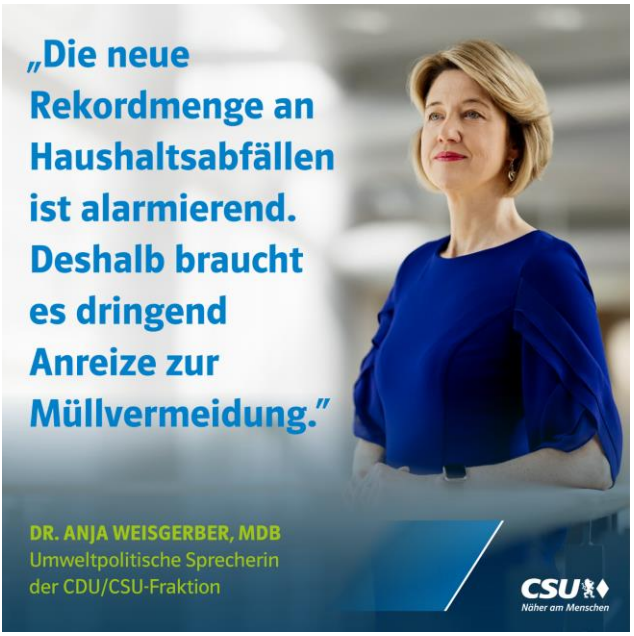
Die Entlastung für Flüssiggas, Heizöl und Pellets steht trotz der Ankündigungen der Ampel weiter im Trüben. Dass diese Entlastungen nur für Privathaushalte und nicht auch für Betriebe gelten sollen, ist nicht nachvollziehbar. Auch die Abschöpfungsregeln bei der Strompreisbremse sind in Detailfragen immer wieder angepasst worden, gelungen sind sie weiterhin nicht. Für die Bioenergie wurde zunächst ein sogenannter „Sicherheitszuschlag“ für die Deckung steigender Kosten von 3 Cent, dann 6 und 7,5 Cent, zwischenzeitlich sogar 12 Cent und schlussendlich 9 Cent angesetzt. Es ist ein Erfolg unserer Arbeit, dass die Bioenergie durch einen deutlich höheren Zuschlag nicht schon wieder flächendeckend ausgebremst wird. Schon dem Vorschlag zur Aufhebung des Bioenergie-Deckels ist die Ampel in diesem Spätsommer erst nach wiederholten Vorschlägen von CDU/CSU gefolgt.

Es verbleiben erhebliche Zweifel, ob die gefundenen Regelungen beihilferechtlich so umgesetzt werden können, dass die Entlastungen auch bei den Unternehmen, insbesondere den energieintensiven, ankommen. Zugleich wurden die Hürden entgegen den Empfehlungen der Gaskommission und über EU-Vorgaben hinaus so hochgeschraubt, dass in weiten Teilen der Industrie die Deckel von sieben Cent für Gas und 13 Cent für Strom gar nicht greifen werden. Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Lieferketten stehen auf dem Spiel, es droht ein Verlust der industriellen Substanz. Sich hinter unionsrechtlichen Regelungen zu verstecken, reicht nicht. Hier muss die Ampel dringend nachverhandeln. Wir jedenfalls werden einer schleichenden Deindustrialisierung Deutschlands weiterhin entschlossen entgegentreten.

Rekordmenge an Haushaltsabfällen ist alarmierend

Anreize zur Müllvermeidung notwendig

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden pro Kopf 483 Kilogramm Haushaltsabfälle eingesammelt. Das waren 6 Kilogramm mehr als im ersten Corona-Jahr 2020. Das Aufkommen an Haushaltsabfällen stieg damit auf den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2004. Dazu erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anja Weisgerber:



„Rund 60 Prozent der Haushaltsabfälle waren getrennt gesammelte Wertstoffe und Bioabfälle. Diesen Anteil müssen wir einerseits weiter erhöhen, um wertvolle Stoffe im Kreislauf zu halten, andererseits gerade Verpackungen ökologischer gestalten oder ganz vermeiden. Ökonomische Anreize sind hier das beste Mittel der Wahl. CDU und CSU haben dazu bereits 2017 das ökologische Lizenzentgelt eingeführt: Wenn Hersteller gut recycelbare Verpackungen verwenden, zahlen sie einen geringeren Beitrag an die dualen Systeme. Außerdem benötigen wir einen praxistauglicheren Rechtsrahmen, um Rezyklate in immer mehr Bereichen einsetzen zu können. Dazu muss die Bundesumweltministerin nun endlich alle beteiligten Akteure an einen Tisch bringen und die lang zugesagten Branchendialoge starten."

#AnjaFRAGT Norbert Röttgen

In meinem neuen Format #AnjaFRAGT habe ich interessante Gesprächspartner zu den verschiedensten Themenbereichen zu Gast.

In der ersten Folge war mein Kollege Norbert Röttgen, das außenpolitische Gesicht der CDU, mit dabei. In unserem kurzen Gespräch ging es um die Außenpolitik der Ampel, die aktuelle Situation im Iran und um die internationale Klimapolitik.

→ Das ganze Video gibt es hier:
https://youtu.be/453CPsp4_zo

Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“

Dittelbrunn: 4,3 Mio. Euro vom Bund für Schwimmbad- und Turnhallensanierung

Gute Nachricht für die Gemeinde Dittelbrunn: Die Generalsanierung des Schwimmbades mit angebauter Turnhalle wird über das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Kultur und Jugend“ mit 4.342.500 Euro gefördert. Diese Information erhielt die örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber heute von ihren Bundestagskollegen Andreas Mattfeldt , Markus Uhl (CDU) und Florian Oßner (CSU), die im Haushaltsausschuss das Programm mitverhandelt haben.

„Es freut mich sehr, dass mein Werben erfolgreich war und das Schwimmbad sowie die Turnhalle mit finanzieller Unterstützung des Bundes saniert und zukunftsfest gestaltet werden können“, betont Anja Weisgerber. „Die Sanierung trägt dazu bei, das Miteinander der unterschiedlichen Generationen zu stärken und setzt den ‚Grünen Plan‘ der Gemeinde weiter um.“ Die Erneuerung der technischen Anlagen, die einen effizienteren Betrieb ermöglichen sowie der Einsatz regenerativer Energien tragen zum Klimaschutz bei. Ein Aspekt, der Anja Weisgerber als umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion besonders wichtig ist.

Dittelbrunns Bürgermeister Willi Warmuth freute sich sehr über die gute Nachricht aus Berlin: „Mein Dank gilt Anja Weisgerber, die sich wie gewohnt an den richtigen Stellen erfolgreich für uns eingebracht hat. Die Förderung des Bundes leistet einen großen Beitrag, um die dringend notwendige Sanierung des Hallenbades mit angebauter Turnhalle aus den 1970er Jahren zu realisieren. Ich bedanke mich auch bei allen, die trotz erheblicher Gegenwehr im Gemeinderat die Sanierung weiter vorangetrieben haben.“

Das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ zur baulichen Erneuerung von Sport-, Jugend- und Kulturgebäude sei ein wichtiger Baustein, um dem Sanierungsstau in den Kommunen entgegenzutreten. „Wichtig war uns dabei, dass neben Großstädten auch der ländliche Raum profitieren kann“, erklärt Weisgerber. Das Programm wurde auf Initiative der Unionsfraktion 2015 erstmals aufgelegt und seitdem haben verschiedene Projekte im Bundeswahlkreis Schweinfurt-Kitzingen profitiert.

Innenpolitik

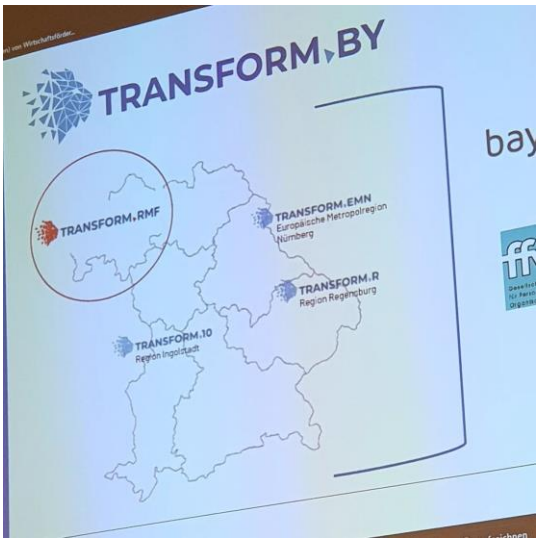
Ampel muss bei Migration umsteuern

Die Ampel will mit ihrem migrationspolitischem Sonderweg jegliche Ordnung und Steuerung aufgeben. Die Ampel unterscheidet beim Chancen-Aufenthaltsrecht nicht mehr zwischen legalem und illegalem Aufenthalt. Das, was die Ampel vorhat, setzt völlig falsche Anreize zur falschen Zeit und öffnet der illegalen Migration nach Deutschland Tür und Tor. Das ist nicht der richtige Weg.

Deutschland wird seinen humanitären Verpflichtungen mehr als gerecht und nimmt bei weitem mehr Flüchtlinge auf, als dies in Europa im Verhältnis zur Bevölkerungszahl angemessen wäre. Für uns als Union war es zu jeder Zeit wichtig, Humanität mit Ordnung und Steuerung zu verbinden. Wir haben mit der unionsgeführten Bundesregierungen in den letzten Wahlperioden große Fortschritte bei der Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration, der Einwanderung von qualifizierten Fachkräften in den Arbeitsmarkt, der Integration sowie bei der Förderung der Rückkehr erreicht. Diesen Weg verlässt die Ampel und setzt Anreize für mehr Zuwanderung.

Runder Tisch Transformation

Runder Tisch zur Transformation in der Region Schweinfurt: Diesmal ging es um Angewandte KI (Künstliche Intelligenz) als Einstieg in die Produktion der Zukunft. Mit der Fraunhofer-Außenstelle in Schweinfurt zur KI-Forschung hat die gesamte Region Schweinfurt die Chance, sich in Sachen Industrie 4.0 optimal aufzustellen.



Auch unser Netzwerk Transform.RMF der Region Mainfranken GmbH schreitet voran: Der Bund fördert den Aufbau des regionalen Transformationsnetzes mit 1,5 Millionen Euro. Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, diese Fördermittel in die Region zu holen und, dass das Projekt so gut anläuft. Im Rahmen des Vorhabens werden kleine und mittelständische Betriebe bei der Digitalisierung von Prozessen und der Qualifizierung der Mitarbeitenden unterstützt. Darüber hinaus werden eine kompetenzbasierte Vernetzungsplattform sowie Learning-Nuggets entwickelt. Damit schaffen wir es, den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der von der Transformation betroffenen Branchen voranzutreiben.

Wohnungsbaupolitik

Traum vom Eigenheim nicht zerstören

Die Bundesbauministerin hat sich in einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen“ (Ausgabe vom 12.12.2022) zur Zukunft des Einfamilienhauses geäußert. Dazu äußert sich Anja Weisgerber: „Einerseits will Bundesbauministerin Klara Geywitz, dass nicht mehr jede Generation neue Einfamilienhäuser baut und stattdessen Bestandsgebäude besser genutzt werden. Andererseits wollen sie und ihr Kollege Habeck Familien beim Kauf bestehender Immobilien nicht mehr unterstützen. Förderung beim Wohneigentumserwerb gibt es künftig nur noch im Neubau. Das ist an Widersprüchlichkeit kaum zu überbieten!

Es kommt hinzu, dass nur noch Neubauten gefördert werden, die über den gesetzlichen energetischen Standard hinausgehen. Dieser wird zum neuen Jahr ohnehin angehoben. Bei gleichzeitig immer weiter steigenden Baupreisen wird das Programm nicht dazu führen, dass wesentlich mehr Menschen in die eigenen vier Wände kommen.

Der blanke Hohn ist es, wenn Ministerin Geywitz für die aktuell schwierige Lage beim Wohnungsneubau die erfolgreiche Förderpolitik der letzten Bundesregierung verantwortlich macht: Mit unserem Baukindergeld haben wir über 300.000 Familien in die eigenen vier Wände gebracht, und mit der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude (BEG) haben wir wichtige Anreize für Neubau und Sanierung gegeben. Die Ampel-Regierung dagegen hat in weniger als einem Jahr diese etablierten Fördermechanismen gegen die Wand gefahren. Wir brauchen endlich eine Baupolitik, die der Krise gewachsen ist und sie nicht noch verschlimmert.“

Besuch aus dem Wahlkreis in Berlin

Es ist immer wieder schön, wenn ich Gäste hier im Bundestag in Berlin begrüßen kann. Vergangene Woche war wieder eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis hier: Besonders habe ich mich gefreut, dass Mitglieder vom Förderverein Maria Schutz Grafenrheinfeld, vom Kreisjugendring Schweinfurt sowie von der KAB Schonungen mit dabei waren.

Kreis-CSU ehrt langjährige Mitglieder

Ehrennachmittag in Grafenrheinfeld

Als Dank für ihr ehrenamtliches Engagement hat der CSU-Kreisverband Schweinfurt-Land seine langjährigen Parteimitglieder zum Ehrennachmittag nach Grafenrheinfeld eingeladen. Die CSU-Kreisvorsitzende Anja Weisgerber freute sich sehr, dass die Veranstaltung nach zwei Jahren Corona-Pause wieder im gewohnten Rahmen stattfinden konnte: „Es ist nicht selbstverständlich, dass sich Bürgerinnen und Bürger über so lange Zeit ehrenamtlich in einer Partei engagieren. Davon lebt unsere Demokratie und dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung“, unterstrich Weisgerber. Gerade in politisch unsicheren Zeiten wie diesen, gebe die CSU als Volkspartei Halt und Stabilität.

Dass man auf Bundesebene auch aus der Opposition heraus etwas bewirken kann, zeigte Weisgerber am Beispiel des Bürgergeldes. Der Vorschlag der Ampel hätte gerade in einer Zeit des Fachkräftemangels die falschen Anreize gesetzt. „Als Union haben wir durchgesetzt, dass das Prinzip des ‚Förderns und Forderns‘ erhalten bleibt. Die Regelsätze werden erhöht, das Schonvermögen wird jedoch reduziert und die Sanktionen bleiben möglich, wenn die Jobsuche verweigert wird. Opposition wirkt“, so Weisgerber.

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Gerhard Eck, Bezirksrat Stefan Funk sowie Landtagskandidatin Martina Gießübel wurden Mitglieder für 40, 50 und 60 Jahre Treue und Verbundenheit geehrt.

Gießübel warf in ihrem Grußwort einen Blick in die Zukunft, die viele Unwägbarkeiten bietet: „Die Inflation und die rasant steigenden Energiepreise sorgen für große Verunsicherung bei den Menschen. Gerade in Zeiten wie diesen brauche es eine politische Kraft wie die CSU, welche die Menschen im Fokus und die Zukunft in Blick hat.“ Stefan Funk berichtet über seine Arbeit im Bezirk Unterfranken, der dritten kommunalen Ebene. Wichtige Themen im Bezirkstag seien die Sozial- und die Kulturpolitik. Respekt und Anerkennung zollte Gerhard Eck den Mitgliedern, die in all den Jahren Mut und Engagement gezeigt und sich politisch betätigt haben.

→ Die Liste aller Geehrten sowie Fotos vom Ehrennachmittag finden Sie hier...

Frohe Weihnachten

Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich friedvolle und gesegnete Weihnachten sowie alles Gute für ein gesundes und zuversichtliches neues Jahr!

→ Hier geht es zu meinem Weihnachtsvideo: https://youtu.be/bK82n7XvCoU

Haben Sie Fragen oder Anregungen?
Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-79344
Fax: 030 227-76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Str. 17
D-97424 Schweinfurt
Tel: 09723 934370
Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.

Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 Tobias Koch (Bildspruch); S. 4 Tobias Koch (Bildspruch), Büro MdB Weisgerber (AnjaFRAGT); S. 5 Büro MdB Weisgerber (Dittelbrunn); S. 6 Büro MdB Weisgerber (Transformation); S. 7 Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie; S. 8 CSU Schweinfurt-Land (Ehrung); S. 9 Büro MdB Weisgerber (Weihnachten)